

# Auswärtiges Amt und Genfer Zwischenfall.

## Ausprüche und Beschlüsse im Auswärtigen Ausichuh.

(Fortsetzung des Berichtes aus dem Sonntagblatt.)  
 Berlin, 9. Jan. Nach der Rede des Außenministers Dr. Stresemann im Auswärtigen Ausichuh ergreift das Wort Abg. Stämpfer. Er nannte es eine verleumderische Behauptung, daß die Sozialdemokratie sich um Stößen im Völkerverbundsfretariat bemüht habe. Die Behauptung, es beständen Viten politischer Parteien für Genf, sei objektiv unwahr. Aufgabe des Auswärtigen Amtes wäre, Nachforschungen darüber anzustellen, wer dem Völkerverbundsfretariat den falschen Vorwürfen beigebracht habe, es beständen solche Viten.

Abg. Marx (D.) erklärt, er habe seine Vorschläge über die Befugnisse gewisser Viten in der Völkerverbundsbureaukratie lediglich in einem ganz privaten Brief und nicht namens seiner Partei gemacht. Er habe die Vorschläge nur deshalb gemacht, weil er von privater Seite ausdrücklich dazu aufgefordert worden sei; er habe das Schreiben auch gar nicht an den Generalsekretär des Völkerverbundes gerichtet. Ihm sei nichts davon bekannt, daß sein Vorgehen irgendwelche Beunruhigung in Genf hervorrufen werde; im Gegenteil, er glaube, daß seine Angaben in Genf gern entgegengenommen worden seien.

Abg. Dr. Rosenfeld (Dem.) verlangt, daß nur solche Persönlichkeiten als deutsche Vertreter nach Genf gehen, die wenigstens etwas Äußerer gegenüber England haben. Deshalb wäre zum Beispiel eine Kandidatur Kühnmann nicht bisfugibel. Auf jeden Fall sei das Recht des Reichstaats bei solchen Ernennungen zu wahren. Deshalb sei es aufs eutlichendste zu mißbilligen, daß Herr Marx als Vorkühender desentrums inoffiziell eine Vorschlagsliste an den Völkerverbund gelangen ließ.

Abg. Koch-Weser (Dem.) faßt, nichts sei gegen die Sozialdemokratie festgestellt, vom Zentrum sei nur ein korrekter, dem Außenminister mitgeteilter Schritt bekannt.

Abg. Dr. Doeh (D.M.) wies darauf hin, daß der Generalsekretär wohl das Recht und die Verpflichtung habe, Stellen in der Völkerverbundsbureaukratie zu besetzen, aber nach der Völkerverbundsbureaukratie nur mit Zustimmung des Völkerverbundsrates. Die Initiative bei den Vorschlägen für die Besetzung der Stellen, soweit sie Deutschland betreffe, müsse bei der Reichsregierung liegen. Sie habe die geeigneten Persönlichkeiten zu bezeichnen und trage die Verantwortung gegenüber dem Parlament. Zur Sache sei zu bemerken, daß nach dem Bericht des deutschen Generalkonsuls es unannehmlich sei, daß der Generalsekretär des Völkerverbundes in seinem offiziellen Namen dem deutschen Vertreter erklärt habe, die Genfer Völkerverbundskreise seien beunruhigt, weil von Seiten deutscher Parteien bereits Kandidatenlisten für die Völkerverbundskreise aufgestellt würden. Auf Grund welcher Erwinnisse oder Anschote der Generalsekretär sich zu diesem Schritt veranlaßt sah, sei nur durch direkte Befragung amestellbar zu klären. Nach der Darstellung des Abg. Marx aber sei wohl zu schließen, daß die Kandidatenliste des Herrn Marx den Grund zu dem offiziellen Schritt des Generalsekretärs und zu der Beunruhigung in Genf abgeben hätte. Nehmer und seine politischen Freunde seien der Ansicht, daß es nicht korrekt gewesen sei, wenn sich der Führer einer so großen und einflussreichen Partei, wie es das Zentrum sei,

direkt an Kreise des Völkerverbundes wende, anstatt die Wünsche der Partei lediglich dem deutschen Auswärtigen Amt vorzutragen. Deshalb betrachte es Redner als ein Unrecht, wenn der Klare Tatbestand in der Weise verdunkelt wird, daß schwere Vorwürfe gegen den Generalkonsul Kühnmann in Genf erhoben würden, der nichts anderes als seine Pflicht erfüllt habe. Ein Schlußworte des deutschen Ansehens im Auslande sei allerdings erfolgt, aber nur durch das unrichtige Verhalten des Völkerverbundes der Völkerverbundskreise.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann versuchte vor allem die Krone zu klären, warum das Auswärtige Amt nicht so schnell einreisen konnte, wie es hier im Ausichuh gewünscht wurde. Unabweisbar hände doch den Parteien die erste Erklärung zu; denn das Auswärtige Amt konnte doch keinesfalls nicht mehr erklären als daß ihm von diesen Viten nichts bekannt sei, eine Erklärung, die übrigens Generalkonsul Kühnmann in seiner Unterredung mit den maßgebenden Stellen im Völkerverbundsrat sofort abgegeben habe. Außerdem habe ich sofort die Erklärung gegeben, daß dem Auswärtigen Amt von irgendeinem offiziellen oder inoffiziellen Schritt, den die Sozialdemokratische Partei in Genf unternehmen hätte, nichts bekannt sei. Diese Erklärung ist dem sozialdemokratischen Zentralorgan gegeben worden und dann in der ganzen übrigen deutschen Presse durch D.T.B. verbreitet worden.

Abg. Scholz (D. Vp.) war der Ansicht, daß durch die Aussprache im Auswärtigen Ausichuh eine wesentliche Klärung des Tatbestandes erfolgt sei.

Der Auswärtige Ausichuh nahm sodann folgende Anträge an:

1. Antrag der Sozialdemokraten, desentrums und der Demokraten, mit 16 gegen 12 Stimmen. Der Auswärtige Ausichuh beschließt:

Nur die Behauptung, die Sozialdemokratische Partei der führenden Parteimitglieder hätten auf das Völkerverbundsfretariat einflußvoll oder unmittelbar einwirkend verhalten, damit Anschträge der Partei zu Mitglidern des Völkerverbundes ausgemittelt würden, ist nicht als Tatsachefeststellung anzusehen. — Gegen Anträge von Reichsminister des Innern, des Reichsaussenministers und Reichsaussenministers ist von einem Teil der Presse der Vorwurf erhoben worden, sie hätten beim Völkerverbundsfretariat Schritte unternommen, die gegen die Würde Deutschlands verstoßen würden, auf die sich Herr Marx mit seinen Viten nicht vor. Die gegen das Zentrum gerichtete Anschuldigung ist nicht als Tatsachefeststellung anzusehen, sondern nur als Behauptung. — An ihm ergangene Krone nach dem Genfer Bericht ist nicht als Tatsachefeststellung anzusehen, sondern nur als Behauptung. — An ihm ergangene Krone nach dem Genfer Bericht ist nicht als Tatsachefeststellung anzusehen, sondern nur als Behauptung. — An ihm ergangene Krone nach dem Genfer Bericht ist nicht als Tatsachefeststellung anzusehen, sondern nur als Behauptung.

2. Antrag des Abg. Scholz (D. Vp.): Der Auswärtige Ausichuh beschließt ferner, daß keinerlei Teilnahmen vorzutragen oder bekanntzugeben sind aus dem Namen der Völkerverbundskreise infolge des Verhaltens gegen den Generalkonsul Kühnmann oder einen anderen Beamten des Auswärtigen Amtes herleitend.

Dieser Antrag wurde mit allen gegen die drei Stimmen der Kommunisten angenommen. Darauf vertagte sich der Ausichuh.

## Aufhebung von Schifffahrtskontrollposten.

Duisburg, 11. Jan. Aus einer Mitteilung der alliierten Binnen-Schifffahrtskommission an den deutschen Delegierten für Schifffahrtsangelegenheiten im Rheinland geht hervor, daß der händliche Schifffahrtskontrollposten in Sankt Goar am 10. Januar und in Maxwilianen am 10. Januar aufzuheben werden. Ferner werden die Schifffahrtskontrollposten im Rhein neu verteilt. Die britische Abteilung verleiht die Schifffahrtskontrollposten im Binger Abschnitt. Die französische Abteilung wird dieselbe in den Abschnitten Koblenz, Mainz und Ludwigshafen ausüben.

## Das neue Fremdenverkehrshaus in Berlin.

Am Sonnabendmittag fand eine Vorbereitungsbesprechung des Verkehrsvereins der Stadt Berlin statt, das am Montag zu eröffnende Fremdenverkehrsbureau beherbergt. Der Beschäftigung ging eine Anfrage des Bürgermeisters Scholz voraus, der die Aufgaben und Ziele des Fremdenverkehrsbureaus darlegte. Er wies darauf hin, daß andere große Städte — er nannte dabei besonders auch Dresden — sich bereits eigene Verkehrsvereine geschaffen haben. Berlin hätte es bereits früher tun sollen. Nun habe der Verkehrsverein im Laufe der letzten Monate das Fremdenverkehrsbureau eingerichtet, dazu gedrängt, mit größter Eile die Einrichtungen zu schaffen die geeignet sind, den Fremdenverkehr auszubauen und zu fördern. Der Verkehrsverein ist das Fremdenverkehrsbureau zerfällt in folgende drei Abteilungen:

1. Mündliche und schriftliche Auskunftserteilung an die Fremden über alles, was ihnen missverständlich ist, so über Eisenbahnverbindungen, Unterkunftsverhältnisse, Besichtigungsmöglichkeiten, über alle kommunalen Anlegenheiten der Stadt Berlin, sowie über die in Berlin vorhandenen Behörden.

2. Propaganda durch in verschiedenen Sprachen abgefaßte Werbchriften die in der ganzen Welt denjenigen Stellen zugänglich gemacht werden sollen die Gelegenheit bieten, Reisende für Deutschland zu interessieren.

3. Schaffung allgemeiner Einrichtungen, die geeignet sind, Berlin wieder zu einem Mittelpunkt des Weltverkehrs, speziell zu einem Kongressort, zu machen.

Es sollen ferner Gesellschaften aus dem Auslande und aus dem Reich nach Berlin verankert werden, mit Rundfahrten durch Berlin, auch Fahrten durch alle Teichwürdigkeiten, Besichtigung von Sehenswürdigkeiten für Theater, Konzerte, Sportveranstaltungen usw. Ueber die wirtschaftlichen Vorteile, die das Fremdenverkehrsbureau bietet, machte auch der Verkehrsverein ausführlich Mitteilung. Von den Fremden die Berlin alljährlich besuchen sind etwa 5 Prozent Deutsche und 15 Prozent Ausländer. Man hofft von der neuen Einrichtung auf einen Anstieg der Gewinne zwischen den einzelnen Bundesstaaten und zwischen dem Reich und der Reichsbundeshauptstadt, sowie auf Förderung der freundschaftlichen Beziehungen der Völker zueinander.

## Der Parteitag der französischen Sozialisten.

Paris, 10. Jan. Der außerordentliche sozialistische Parteitag ist heute vormittag eröffnet worden. Es handelt sich in der Hauptsache um die Krone, ob die sozialistische Partei sich an der Bildung einer Regierung beteiligen soll oder nicht. Der Abgeordnete Compté Morel betonte: Wir müssen erklären, daß die sozialistische Partei bereit ist, die Regierung zu bilden, sei es ein rein sozialistisches Kabinett mit den Kommunisten oder eine Regierung, die auf die Unterstützung der bürgerlichen Viten zählen kann. Nur in diesen beiden Fällen kann die sozialistische Partei angesichts der außerordentlichen Umstände des Augenblicks die Regierungsbildung übernehmen. Denn in den beiden Fällen hat sie die Möglichkeit, daß sie durchgehende Viten erzielt durch die Krone und die Demokratie retten kann. Es ist ein großes Schicksal, daß die sozialistische Partei vornehmlich in einem parlamentarischen Kampf mit den anderen Parteien auftritt.

Die Generaldebatte des außerordentlichen sozialistischen Parteitages, die um 7.15 Uhr unterbrochen wurde, und die in einer Nachsitzung um 9 Uhr abends fortgesetzt wurde, nahm durch das Eintreffen des Abgeordneten der französischen Eisenbahnervereine Ribot, der für die Beteiligung der Sozialisten an der Regierung eintrat, einen interessanten Verlauf. Ribot sagte u. a.: Das Kabinett habe immerhin seine Verdienste gehabt, u. a. sei ihm die Bannung der Ruhr zu verdanken und die Wiederannahme der Beziehungen mit Sowjetrußland. Eine sehr lebhaft geübte Debatte nahm die Sitzung, als der Kandidat der Resolution Compté Morel, der Abg. Pichon in seiner Rede Gerüst und Rahmen des Vorwurfs machte, daß er sich vor dem parlamentarischen Senat setzen hätte. Wohl sei ihm im Finanzausichuh der Viten über den Finanzplan eine Einlage zu danken gekommen, aber die Einlage würde vom Senat doch abgelehnt werden. Deshalb habe es seinen Zweck, sich weiterhin mit Diskussionen zu beschäftigen und die Partei durch eine entsprechende Unterstützungspolitik weiterhin zu kompromittieren.

Den stärksten Eindruck rief die Rede des Abg. Paul Boncour herbei, der am stärksten für eine Beteiligung der Partei an der Regierung eintritt. Seit 1917, so erklärte er, habe sich die sozialistische Partei aus der politischen Arena zurückgezogen. Dabei sei es auch gekommen, daß der Krieg außer auf Ende gegangen sei, als man gewollt habe, Paul Boncour also dann auf die Unterzeichnung eines Abkommens einzuwirken, an dem sich entschlossen habe, als sich gleichsam das kleinere von zwei Übeln wählen sollte. Diese Unterstützungspolitik habe aber letzten Endes nur Enttäuschungen gebracht.

Das sei darauf zurückzuführen, daß die Sozialisten sich nicht an der Regierung beteiligen hätten.

Paul Boncour beschwor dann die sozialistische Partei, nicht die Einheit der Linken zu brechen. Die Weltmächte hätten wieder Vertrauen gewonnen und man dürfe sich nicht der Gefahr aussetzen, daß die sozialistische Partei der Vorwurf gemacht werde, daß sie diese Weltmächte unterhalte und zur Etablierung des Kartells der Viten beitragen habe. Ebenfalls dürfe man zulassen, daß die sozialistische Partei verantwortlich gemacht werden könne für den Sturz des politischen Regimes vom 11. Mai 1924 und für den finanziellen Zusammenbruch des Landes.

## Die Extremisten in der Mehrheit.

Der Mandatentscheid des sozialistischen außerordentlichen Parteitagess, der im Laufe der Mandatverhandlungen die von den einzelnen Parteigruppen vorgenommenen Bestimmungen zur Kenntnis zu nehmen hatte, hat folgende Ergebnisse erzielt: Es haben 46 1749 Stimmen gegen die Sozialisten, also für den Mandatentscheid der extremen Sozialisten, 1408 Stimmen für den sozialistischen Mandatentscheid, also für die Richtung Mandat, angenommen. (D. T. B.)

Paris, 10. Januar. Nach einer Verhandlung aus dem (Trans. Anhang) wurde Brins Anhang zum Teil von einem Mandat angenommen. (D. T. B.)

**Hausbeamtinnenschule**  
 von Dr. Katharina Spinner, Wölfer Hirsch, Sautzger Str. 47  
 Gebildet, wissenschaftlich, Fortbildung, Hausarbeit, Schreibray, Buchführung, Korrespondenz, Buchhaltung, etc.

# Der Plan eines Balkanpaktes.

## Griechisch-serbische Verständigung.

Athen, 10. Januar. Die Zeitungen melden, daß der jugoslawische Gesandte bei seinem Empfang dem griechischen Außenminister im Ausichuh die Einverständigung zwischen Jugoslawien und einem Balkanpakt mitteilte. Diese Erklärung hat einen außerordentlich guten Eindruck gemacht. Panagos läßt in Zeitungsartikeln die Wichtigkeit eines guten Verhältnisses beider Staaten betonen, die ja doch gemeinsame Interessen hätten. Sein Programm sei immer für eine Verständigung mit Jugoslawien gewesen, wenn dabei nicht griechische Interessen geopfert würden.

Bukarest, 10. Januar. Zu der Frage des Einverständnisses Jugoslawiens zum Balkanpakt äußerte sich der hiesige jugoslawische Gesandte gegenüber dem Vertreter eines Presseorgans dahin, daß jugoslawische Einverständnisse ein großer Schritt wider die Pläne der Alliierten. Auf der letzten Versammlung des Völkerverbundes hatte der griechische Außenminister einen solchen Pakt vorgeschlagen. Jugoslawien hatte jedoch die Bedingung, daß Griechenland die Paktlinie Saloniki-Debaratsch gegen der Alliierten abtreten solle. Griechenland war damit nicht einverstanden und so trat ein völliger Stillstand der weiteren Verhandlungen ein. Um dem Wirren nun ein Ende zu machen, wie sie sich seitdem wieder im Konflikt zwischen Jugoslawien und Griechenland zeigten und um den Balkanpakt nicht infolge der Unmöglichkeit zu machen, machte ich Jugoslawien mit der Bindung seines Friedensinteresses ein neues Ansehen.

## Vorläufiger Abschluß der Polenjülicher Affäre.

Budapest, 9. Jan. Die ungarische Regierung veröffentlicht heute ein ausführliches amtliches Kommuniqué, in dem sie den vorläufigen Abschluß der Untersuchung in der Polenjülicher Affäre mitteilt, und in dem eine Darstellung der bisherigen Untersuchungsergebnisse gegeben wird. Der Bericht enthält nichts wesentlich Neues und stellt nur zusammenfassend mit, daß bisher 24 Personen in Haft genommen wurden.

## Weitere Verhältnisse in Budapest.

Berlin, 10. Jan. Der „Polenjülicher“ meldet aus Budapest: Die Polizei verhaftete den technischen Oberarzt des Rartoratorischen Instituts, Alexander Kutz, sowie einen Unterbeamten des Instituts, da der Verdacht besteht, daß auch sie von den Kranken-Aktionen gewußt haben. Ferner wurde der Franziskaner Pater Bonis in seiner Wohnung von einem höheren Polizeibeamten vernommen. Sein Bericht hängt mit der Auslage des Feldbischofs Sadravec zusammen.

## Auf der Spur falscher Dinar-Noten.

Berlin, 10. Jan. Die „Deutsche Zeitung“ meldet aus Graz: Der Polizeichef von Graz hat umfangreiche Nachforschungen über die Verbreitung und die Urheber falscher Dinar- und Dinar-Noten angeheißt. Die Nachforschungen werden auch an den verschiedenen Orten Deutschlands angeschlossen. Der Polizeichef soll sich mit mehreren deutschen Kriminalbeamten zur Fortsetzung von Erhebungen nach Duisburg begeben haben.

## Graj Belhien ist ohne Sorge.

Kein Putsch bevorstehend!

Paris, 10. Januar. „Zeit Parisien“ veröffentlicht ein feines Bericht über in Budapest vom Ministerpräsidenten Graf Belhien gemachtes Interview. Belhien erklärt darin, die Anwesenheit habe keinen politischen Charakter; sie sei nur die Neuerung einer gefährlichen Mentalität; sie sei nur ein großer Teil auf die materiellen und moralischen Umwälzungen der letzten Jahre zurückzuführen sei. Auf die Frage, ob die dem Erzherzog

Albrecht ausgerechneten Vorschläge auf Wahrheit beruhen, erklärte Belhien, der berühmte Plan von Montebello erweise nur in der Einbildung einiger Journalisten. Er habe die nationale Gesandtschaft angenommen; er sei zurückgetreten, als deren Generalsekretär Scerifien verhaftet wurde. Auf den Vorwurf, daß die Wiener Presse von einer bevorstehenden Ausweisung des Erzherzogs spräche, habe Graf Belhien nur geantwortet und erklärt, wenn irgend jemand dem Putsch gefährlich wäre, müßte man ihn nicht ausweisen sondern verhaften. An Montebello habe die Gefahr eines sozialistischen Staatsstreiches nicht. Auf die Einwendung, daß eine Wirtschaftsverflechtung zwischen Viten und Serbien in der Balkanregion notwendig sei, habe Belhien erklärt, daß zwischen ihm und Serbien keinerlei politische Beziehungen bestehen könnten. Im Prinzip hoffe er, daß aus dieser Sache zwischen Frankreich und Ungarn kein Mißverständnis entstehen werde, denn die französische Regierung müsse verstehen, daß die ungarische Regierung ihre Schuldigkeit bis zum äußersten tue.

## Betrügerische Herstellung portugiesischer Banknoten.

Haag, 9. Januar. Auf Veranlassung der portugiesischen Regierung hat die hiesige Polizei zwei Personen, einen Dolmetscher und einen Fürsten, verhaftet, die an der betrügerischen Herstellung portugiesischer Banknoten beteiligt sein sollen. Ein dritter Teilnehmer ist in Rotterdam mehrere Koffer, in denen sich portugiesische Banknoten im Betrage von 12 1/2 Millionen holländischer Gulden sowie Dokumente befanden, die augenscheinlich gefälscht sind und dazu benutzt wurden, einer englischen Firma den Auftrag zur Herstellung von Banknoten bis zum Betrage von 25 Millionen Gulden zu erteilen. Die Polizei glaubt, alle in Holland im Umlauf befindlich gewordenen auf Grund des gefälschten Auftrags hergestellten Banknoten aufgefunden zu haben.

## Falsche Pfundnoten in Berlin.

Berlin, 10. Januar. Der Reichsaussenminister hat die Verhaftung eines vierköpfigen Bande zu verkünden. Die falschen Pfund- und Banknoten herstellende Bande besteht aus vier Personen und ist ein Teil der falschen Banknoten herstellenden Bande.

## Ein angebliches deutsch-ungarisches Falscher-Konortium.

Paris, 10. Jan. Das linksstehende Blatt „Paris Eclair“ bringt heute abend eine Meldung, nach der ein angebliches deutsch-ungarisches Konortium, dem der ehemalige Oberst Bauer nahegekommen haben soll, bei einer Druckerei die Anfertigung von zwei Milliarden Dinarerbel bestellt hat.

## England und Mosul.

London, 11. Januar. Die „Sudan Times“ berichtet entgegen der Meinung, wonach die französische Regierung ihre Vermittlerdienste in den englisch-türkischen Mosul-Verhandlungen angeboten hätte, nicht den Falschen. Die französische Regierung wäre naturgemäß an dieser Angelegenheit stark interessiert, da das französische Mandat in Syrien und die Möglichkeit der Freundschaften im nahen Osten die französische Regierung in eine schwierige Lage bringen könnte. Man nimmt an, daß die englische und die französische Regierung in diesen Fragen in enger Verbindung stehen.

## Die englische Kohlenkonvention.

London, 11. Januar. Die englische Regierung beabsichtigt die Kohlenverkaufsabvention an den Einnahmen des Schuldentilgungsfonds an desetzen. Damit entgeht die Regierung der unangenehmen Aufgabe, dem Steuerzahler neue Viten aufzuerlegen. In den Kreisen der Wirtschaftswissenschaften werden jedoch diese Maßnahmen sehr kritisiert.